

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

15 (18.1.1918)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postkasten monatl. 1.10 M., 1/2 jährl. 5.30 M., zugestellt durch unsere Träger 1.20 bezw. 3.00 M.; durch die Post 1.24 M. bezw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bezw. 3.60 M., vorauszahlbar.

Ausgabe: Montag mittags. Geschäftszeit: 1/2 8—1/2 1 u. 2—1/2 6 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelle od. deren Raum 20 A. Plakatanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 9 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gsch & Cie., Karlsruhe.

Die Verhandlungen mit Rußland. Trojkys Hartnäckigkeit.

Schluß des ausführlichen Berichtes der Kommission zur Beratung der territorialen Fragen. 4. Sitzung.

Brest-Litowsk, 16. Jan. (W.B. Nicht amtlich.) Anschließend daran führte Herr Trojky u. a. aus:

Die beiden Beispiele die General Hoffmann angeführt hat, charakterisieren in keiner Weise unsere Politik. Der weißrussische Kongress setzte sich zusammen aus den Vertretern der weißrussischen Agrarier und hat versucht, sich aller derjenigen Stützpunkte zu bemächtigen, welche das Eigentum des weißrussischen Volkes sein müßten, und wenn er auf Widerstand gestoßen ist, so rüht dieser Widerstand von Soldaten her, unter denen in gleicher Weise Groß-Russen, Weiß-Russen und Klein-Russen vertreten waren. Die Konflikte zwischen uns und der Ukraine, die zu meinem Bedauern noch nicht vollständig beseitigt sind, können in keiner Weise das Recht des ukrainischen Volkes auf Selbstbestimmung beschränken.

Herr Trojky kam hierauf auf das Schicksal der besetzten Gebiete zu sprechen und meinte, aus den bisherigen Ausführungen der deutschen Vertreter den Schluß ziehen zu können, daß die Entscheidung des Schicksals dieser Gebiete erfolgen solle ohne Rücksicht darauf, ob das eigene Volk bereits imstande sei, die Entscheidung in die Hand zu nehmen. Der Oberste amerikanische Gerichtshof habe keine Rechtsphilosophie sehr häufig geändert, je nachdem es möglich gewesen sei, das Gebiet der Vereinigten Staaten zu erweitern oder nicht.

Was die Form des Verhandlungsanlages, so halte es die russische Delegation für notwendig, gerade diejenigen Punkte in den Vordergrund zu stellen, die den Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten bilden, und dies mit aller genügenden Entschlossenheit, weil nur in diesem Falle eine gerechte Lösung gefunden werden könne.

Der Vorsitzende der deutschen Delegation habe gefragt, aus welchen Quellen die russische Delegation die Berechtigung herleite, sich für das Schicksal der besetzten Länder zu interessieren. Aber auch der Herr Staatssekretär habe sein Recht nicht aus der nackten Tatsache der Besetzung hergeleitet, sondern aus dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, welches er allerdings etwas restriktiv interpretierte. Dieses Prinzip gelte aber nicht weniger für die russische Delegation.

Hierauf ergriff Staatssekretär v. Kühlmann das Wort und führte u. a. aus:

Was die Rede des Herrn Generals Hoffmann betrifft, möchte ich sowohl für mich als für den Herrn General Hoffmann ausdrücklich das Recht vorbehalten, auf diese Angelegenheit zurückzukommen. Die staatsrechtliche Zuständigkeit des Deutschen Reiches hat der Vorredner vollkommen richtig charakterisiert. Der Herr Reichskanzler, der einzige verantwortliche Reichsminister, erteilt auf dem gesamten Gebiete der auswärtigen Politik die für seine Organe maßgebenden Instruktionen. Uebrigens ist es bei der engen politischen Uebereinstimmung, in der ich mich mit dem Herrn General Hoffmann befinde, vollkommen selbstverständlich, daß zwischen unseren Auffassungen keinerlei Zwiespalt besteht. Der grundlegende Unterschied zwischen unserer Auffassung und der der russischen Delegation ist, daß wir im Gegensatz zu ihr auf dem Vorhandenen aufbauen und daß wir es ablehnen, aus reiner Riebedienerei gegen die Theorie erst einen luftleeren Raum zu schaffen. Ueberrascht hat mich die geringfügige Bewertung der Urteile des Obersten amerikanischen Gerichtshofes durch Herrn Trojky. Im übrigen nehme ich mit Befriedigung Notiz von dem Schluß der Ausführungen des Herrn Vorredners, daß er und seine Delegation nunmehr gewonnen sind, in die wirkliche Diskussion und Klärung der Einzelheiten der uns trennenden Auffassungen einzutreten. Ich schlage vor, uns an die weitere von der russischen Delegation vorgeschlagene Arbeitsmethode zu halten und über die vier Punkte, wie sie in unserer Antwort aufgenommen sind, nun wirklich in die Detail-Diskussion einzutreten. Ich hoffe, daß wir dann in wenigen Tagen soweit sind zu sagen, ob die Schwierigkeiten überwunden werden können oder der hier gemachte Versuch aufgegeben werden muß.

Herr Trojky erklärte hierauf: Seines Erachtens könne man jetzt zu der Beratung der beiden Antworten, die vorgeschlagen worden seien, übergehen. Er müsse jedoch nochmals betonen, daß er in der Frage der Zurückziehung der Truppen in keiner Weise der Ansicht des deutschen Vorsitzenden beitreten könne, daß angeblich die Entfernung der Besatzungstruppen hinter diesen einen leeren Raum zurücklassen würde. Inwiefern es sich um technische Schwierigkeiten handele, wie das Fehlen einer eigenen Eisenbahn, Post usw., so könne man in solchen Fragen zu einer Einigung gelangen auch ohne Kontrolle von Besatzungstruppen.

Demgegenüber wies Staatssekretär v. Kühlmann darauf hin, daß neben den technischen Gründen auch die Gründe der Sicherheit in den betreffenden Gegenden, eine sehr wichtige Rolle spielen.

Sodann bat Herr v. Kühlmann, nunmehr über die von der russischen Delegation selbst vorgeschlagenen vier

Punkte in eine geschäftsmäßige Behandlung einzutreten. Nachdem sich Herr Trojky diesem Vorschlag angeschlossen hatte, wurde die nächste Sitzung für den folgenden Tag 11 Uhr vormittags anberaumt.

Weitere Kommissionsitzungen.

W.B. Brest-Litowsk, 16. Jan. (Nicht amtlich.) Am 15. Januar haben zwei weitere Sitzungen der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der territorialen und politischen Fragen stattgefunden, in denen der getroffenen Vereinbarung entsprechend in die geschäftsmäßige Behandlung der vier zur Diskussion vorgeschlagenen Punkte unter vorläufiger Zurückstellung von Punkt 1 betr. Territorien eingetreten wurde.

Der Vorsitzende der russischen Delegation regte zunächst, auf die früher bereits besprochene Forderung der Zurückziehung von Vertretern der besetzten Gebiete zurückgegriffen, an, solche Vertreter nunmehr an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen.

Staatssekretär v. Kühlmann gab erneut seiner Bereitwilligkeit Ausdruck, solche Vertreter heranzuziehen, dies jedoch nur unter der früher aufgestellten Voraussetzung, daß das Erscheinen dieser Vertreter in Brest-Litowsk auch von der russischen Delegation dahin ausgeht, daß die Staatsübertragung dieser Gebiete durch diese Zulassung ihrer Abgeordneten auch russischerseits wenigstens präsumtiv anerkannt werde.

Herr Trojky erklärte sich außerstande, auf die vom Redner als notwendig bezeichnete Voraussetzung einzugehen.

Staatssekretär v. Kühlmann stellte fest: Wenn es gelänge, über die Bedingungen einer besitzergreifenden Volkskundgebung auf breiter Basis Uebereinstimmung zu erzielen, so würden Meinungsverschiedenheiten darüber, ob diese Voraussetzung als limitierend oder konfirmierend anzusehen sei, seiner Ansicht nach ein Scheitern der Verhandlungen mit seinen weitreichenden Folgen nicht zu rechtfertigen vermögen.

Herr Trojky gab zu, daß die Fortsetzung der Debatte auf den bisher verhandelten Gebieten wenigstens im augenblicklichen Stadium der Verhandlungen zwecklos erscheine. Es komme in der Hauptsache darauf an, die Unabhängigkeit und Freiheit der Volksanerkennung des betr. Volksteiles zu gewährleisten. Es sei daher rätig, daß sie nicht einen konfirmierenden, sondern einen konstituierenden Charakter erhalte.

Bei Erörterung des von Staatssekretär v. Kühlmann gemachten Vorschlages für die Vornahme der entsprechenden Abstimmungen in den besetzten Gebieten den Zeitraum zwischen dem Abschluß des Friedens mit Rußland und wenigstens 1 Jahr nach dem allgemeinen Friedensschluß anzusehen, schritt Herr Trojky sofort die Räumungsfrage an. Er sei der Ansicht, daß die Frage der Regelung der Gebiete der jetzt besetzten Gebiete in Zusammenhang gebracht werden müsse mit dem Friedensschluß an der Ostfront.

Staatssekretär v. Kühlmann erklärte darauf, da die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit des Wiederaufkommens des Krieges an der Ostfront bei Dauer des Krieges an den anderen Fronten jedenfalls erheblich größer sei, so müsse er als ausgeschlossen bezeichnen, für die Räumung der in Artikel 2 des deutsch-österreichisch-ungarischen Entwurfes angedeuteten Gebiete einen Zeitpunkt ins Auge zu fassen, der nicht mit dem Abschluß eines allgemeinen Friedens rechnet. Weitere Sicherungen als in Artikel 1 vorgesehene, könnten seitens der Verbündeten, solange der allgemeine Krieg dauere, unmöglich aufgegeben werden.

Herr Trojky erklärte, daß er in der Sicherung der Existenz der fraglichen Völker gemäß ihrem Willen die beste Sicherung gegen das Wiederaufleben des Krieges an der Ostfront erblickte würde.

Staatssekretär v. Kühlmann wiederholte, daß es unklug sei, die militärischen Sicherungen vorzeitig zu lösen.

Nach einer Kritik der Vorsitzenden der russischen Delegation wurde die Sitzung auf nachmittags 5 Uhr vertagt.

Die Nachmittags-Sitzung wurde durch Staatssekretär von Kühlmann mit folgenden Ausführungen eröffnet:

Wir haben heute morgen die Bepredung des Zeitraums zu Ende geführt und mit Bedauern konstatieren müssen, daß auf der Gegenseite keine Geneigtheit bestanden hat, auf unsere Darlegungen in irgend einer Weise einzugehen. Wir gehen zum zweiten Punkt über, der sich bezieht auf die allgemeine politische Voraussetzung, unter welcher die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes erfolgen soll. Die Hauptfrage wird die sein, inwiefern die Freiheit der Abstimmung bezw. die Wahl zur ausschlaggebenden Versammlung durch die Gegenwart von Truppen in den betreffenden Gebieten beeinträchtigt wird. Die beiden Gesichtspunkte innerhalb deren eine Diskussion möglich ist, sind folgende: Eine gewisse Zahl von Streitkräften zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung ist notwendig. Ein Teil der jetzt völlig organisierten Kräfte ist notwendig, um den ökonomischen Betrieb des Landes aufrecht zu erhalten. Wir geben die Zusicherung, daß

diese Streitkräfte in keiner Weise politisch sich betätigen und politischen Druck ausüben dürfen.

Der Vorsitzende der russischen Delegation wandte sich wieder der Räumung des besetzten Gebietes zu, über die er sich völlige Klarheit schaffen müsse.

Staatssekretär v. Kühlmann erklärte, er könne keine Gewähr dafür übernehmen, daß innerhalb des Zeitraums, der für die Abstimmung praktisch in Frage komme, die militärischen Erwägungen eine vollkommene Räumung des Gebietes möglich erscheinen lassen würden. Auf eine militärische Sicherung der Ordnung könne nicht ganz verzichtet werden.

Herr Trojky erklärte, er müsse sich zunächst auf die Feststellung beschränken, daß die Gegenwart der in Frage stehenden organisierten Kräfte nach russischer Ansicht der Bedeutung der Abstimmungen schweren Eintrag tun würde. Im engen Zusammenhang damit stehe die Frage der Rückkehr der Flüchtlinge und Evakuierten in das besetzte Gebiet. Erst nach dieser Rückkehr könne seiner Ansicht nach die Abstimmung stattfinden.

Staatssekretär v. Kühlmann gab die Berechtigung der Rückkehr zu. Die Verwaltungsbehörde müßte aber feststellen, welche Ausnahmen von dieser allgemeinen Regel zu statuieren wären. Er bitte um die Zugängigmachung des bei der russischen Regierung hierüber vorliegenden Materials, wozu Herr Trojky sich bereit erklärte.

Die Sitzung wurde hierauf geschlossen.

Ausgaben englischer Arbeiter an Trojky.

Bern, 17. Jan. (Priv.-Tel.) „Manchester Guardian“ gibt ohne Datumsangabe folgendes Telegramm der Independent Labour Party an Trojky wieder: Nachdem Lloyd George und Wilson ebenso wie die Vertreter der Zentralmächte Cure Formel „Keine Annexionen, keine Demütigungen“ angenommen haben, und wir glauben, daß die Anwendung dieses Grundsatzes im einzelnen lediglich in einer allgemeinen Konferenz möglich ist, drängen wir unsere Regierung, unverzüglich an Verhandlungen für den allgemeinen Frieden teilzunehmen. Wir sind von Herzen mit Euch in Eurem großartigen Eintreten für den Internationalismus.

Kriegsnachrichten. Deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 17. Jan. (W.B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Keine größeren Kampfhandlungen. In zahlreichen Frontabschnitten Erkundungsgesuche. Nördlich von Paschendale, an der Scarpe, bei Vendhuile und St. Quentin wurden einige Engländer gefangen.

Ostlicher Kriegsschauplatz. Nichts Neues.

Mazedonische Front. Im Czerna-Bogen dauert erhöhte Artillerietätigkeit an.

Italienische Front. Die Lage ist unverändert. Bei ihren erfolglosen und verlustreichen Angriffen am 14. und 15. Jan. haben die Italiener an Gefangenen 5 Offiziere und mehr als 300 Mann eingebracht.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 17. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Amtlich wird bekanntbart: Wien, 17. Jan., mittags:

Zwischen Brenta und Monte Bertica beschränkte der Gegner seine Gefechtsstätigkeit nach den erfolglosen und verlustreichen Angriffen des Vortages auf heftige Feuerüberfälle. In den Kämpfen am 14. und 15. Januar wurden 15 Offiziere und über 300 Gefangene eingebracht.

Der Chef des Generalstabes.

W.B. Wien, 17. Jan. (Nichtamtlich.) Aus dem Kriegspressequartier wird gemeldet: Der Kampfraum östlich der Brenta stand die ganze Nacht zum 15. Januar wiederum unter dem schweren Feuer der Italiener, das sich in den Morgenstunden bereits bis zur größten Heftigkeit steigerte. Erst am Nachmittag führte der Italiener neuerlich seine Infanteriemassen zum Sturm gegen den Monte Bertica vor. Dreimal zwischen 8 und 6 Uhr nachmittags brachen seine Anstürme unsonst gegen unsere Stellungen. Ebenso wie hier, vermochte auch in der Nacht zum 15. ein nach heftiger Beschädigung unserer Linien gegen den Col del Rosso angelegter Angriff, der bereits durch Artillerie und Handgranatenfeuer abgewiesen wurde, seinen Erfolg zu erzielen.

Neue U-Boot-Erfolge.

W.B. Berlin, 16. Jan. (Amtlich.) Starke, mit allen Mitteln ausgiebter Gegenwirkung zum Troj seien auf dem nördlichen Kriegsschauplatz unsere U-Boote 21000 A.R.Z. Handelschiffsräume zum Opfer. Hierbei wurde ein englischer Dampfer von mindestens 4000 To. in geschicklich durchgeführtem Angriffe aus besonders starker Fischdampfersicherung herausgeschossen. Die Mehrzahl der verletzten Schiffe war bewaffnet und schwer beladen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Vorstoß an die englische Küste.

WB. Berlin, 16. Jan. (Antsch.) Am 14. und 15. Jan. unternahm leichte deutsche Seestreitkräfte einen Streifzug durch die südliche Nordsee. Sie trafen weder feindliche Kriegsschiffe noch Handelsfahrzeuge an. Trotzdem sie nördlich der Rheinmündung dicht unter der englischen Küste vorstießen. Dort nahmen sie wichtige Anlagen auf nächste Entfernung bei guter Beobachtung mit über 300 Schuß unter wirksamem Artilleriefeuer.

Der Chef des Admiralstabs der Marine.

Kämpfe in Ostafrika.

Bern, 17. Jan. (WB. Nicht amtlich.) Yvoner Blätter melden aus Lissabon: Eine offizielle Note über die Lage in Portugiesisch-Ostafrika gibt bekannt, daß acht deutsche Kompanien das Gebiet von Natarika besetzt und sehr starke Stellungen mit Maschinengewehren angelegt haben. Man erwartet einen Kampf mit den Alliierten in den nächsten Tagen. Die portugiesischen Truppen haben bei Dufulo eine Schluppe erlitten. Sie befinden sich mit englischen und belgischen Abteilungen in Umango. Der Posten von Surio wurde von den Deutschen angegriffen, die bei Goyuphua lagern. Eingeborene deutsche Truppen haben in Mauripo ein Lager errichtet und eine Brücke über den Urio gefaßt. Der Gouverneur von Queimane meldet, daß die Deutschen verächtliche Punkte dieser Provinz besetzt haben.

Entschädigung und Entschädigung für Bombenabwurf.

Bern, 17. Jan. (WB. Nicht amtlich.) Der französische Minister des Innern hat dem schweizerischen Geschäftsträger in Paris das lebhafteste Bedauern der französischen Regierung über den Zwischenfall ausgedrückt, der durch den Bombenabwurf auf Kallnach verursacht worden ist. Gleichzeitig hat er mitgeteilt, daß eine strenge, zuzeit noch nicht abgeschlossene Untersuchung eingeleitet worden ist. Desgleichen hat der französische Vizekonsul in Bern beim Bundesrat vorgeschrieben. Die französische Regierung hat sich bereit erklärt, den gesamten durch das Bombardement entstandenen Schaden zu ersetzen.

Die Wehrpflicht in den Vereinigten Staaten.

WB. Washington, 17. Jan. (Nicht amtlich.) Auf Erhören des Kriegsdepartements brachte Chamberlain, der Vorsitzende des Militärausschusses des Senats ein Gesetz im Senat ein auf militärische Registrierung aller männlichen Personen, die seit dem 15. Januar 1917 das 21. Lebensjahr erreicht haben. Diese Maßnahmen sollen dazu dienen, die Forderung des Oberstmarshalls General Corden zur Ausführung zu bringen, solange der Krieg dauert, jährlich 700 000 Mann in die Armee einzustellen.

Deutsches Reich.

Kein Kind, kein Engel ist so rein.

wie unsere Vaterlandsparteier und Ueberanexionisten. Die Tatsache, daß sich Sozialdemokraten diese großen Schreier in letzter Zeit etwas in der Nähe angesehen haben, um sich zu überzeugen, was eigentlich hinter ihrem Geschrei steht und steckt, veranlaßt die „Deutsche Tageszeitung“, von „sozialdemokratischer Hüppelei“ zu reden und so fortzuführen:

„Die Angelegenheiten sind, daß die lächerliche, Sabotierung vaterländischer Kundgebung in durch die Sozialdemokratie nach einem bestimmten System erfolgt. Den Vorfällen in Berlin und Jena, die wir berichteten, reiht sich jetzt ein gleiches Vorgehen in Mannheim an. Es muß peinlich schmerzhaft um die von den Nationalen vertretene Sache stehen, wenn sie keine anderen Mittel zu ihrer Vertretung als solche Hüppeleien hat.“

Wie es um die Sache der Sozialdemokratie und der Anhänger eines Verständigungsfriedens steht, das hat gerade den Leuten um die „Deutsche Tageszeitung“ die Wahl in Baden bewiesen. Und wenn Leute sich über „Hüppelei“ beklagen, auf deren Agitationsknüttel kaum das Blut bedauernswörter Kriegsbeschädigter getrocknet ist, so könnte dies zu einem fröhlichen Lachen reizen, wenn ein so ungeheures Maß von Frechheit nicht verblüffend wirkte.

Der Urinsbrief des Oberbürgermeisters.

Der Dessauer Oberbürgermeister Dr. Gehling hat sein Abschiedsgesuch eingereicht, nachdem ihm in einer Gemeinderatsitzung eine Reihe peinlicher Verfehlungen vorgehalten waren. Die schlüssige davon ist ein Brief, den er an das Herzoglich-Anhaltische Ministerium und das Generalkommando geschrieben hat: Man möchte doch den Stadtverordneten Paulid, einen Redakteur des sozialdemokratischen „Volksblattes für Anhalt“, schleunigst eingieken, da er heftige Artikel über die Lebensmittelversorgung und die Unterstützung der Kriegerfamilien schreibt. Paulid ist denn auch schleunigst eingezogen worden und tut seit vielen Monaten Garnijondienst als Feldgüter und Posten im Gefangenlager.

Aus der Partei.

Der Kampf um das neue Preußen.

Landtagsabg. Genosse Haenisch sprach in einer Reihe von Versammlungen im Bezirk der oberen Rheinprovinz über den Kampf um das neue Preußen, so in Nürtingen a. N., Dona, und Koblenz. Alle Kundgebungen waren überaus stark besucht, auch von bürgerlichen Elementen. Die Anwesenden unterstrichen seine Warnung an die reaktionären Parteien, den Bogen nicht zu überspannen, durch lebhaftige Zustimmungskundgebungen. Die Reaktion habe, so erklärte der Redner weiter, eine schwere Verantwortung zu tragen, wenn die Massen infolge der Verdrängung oder der Vereitelung der Wahlrechtsvorlage nicht ruhig blieben. Lebhaften Beifall fand Haenisch auch für seine Ausführungen gegen die Vaterlandsparteier, die jetzt überall, auch in kleineren Orten der Rheinprovinz Versammlungen veranstalten. Die Entschärfungen für das gleiche Wahlrecht fanden einstimmige Annahme. In allen Versammlungen meldeten sich zahlreiche Anwesende zum Beitritt in die Partei.

Beifegung des Genossen Rudolf Dreesbach. Vorgesestern nachmittag fand auf dem Friedhof in Mannheim die Beifegung der aus dem Felde heimgeholten Leiche des Genossen Rudolf Dreesbach statt. Bekanntlich wurde Genosse Dreesbach am 4. August

1917 durch einen Granat-Volltreffer getötet. Namens der Sozialdemokratischen Partei legte Genosse Karl Sahn mit Worten des Dankes für den jähigen Genossen, der viel zu früh von uns geschieden sei, einen Kranz nieder. — Genosse Linz widmete namens der Geschäftsleitung der „Volksstimme“, der Dreesbach als Buchhalter angehörte, einen Kranzgebende.

Ausland.

Die Affäre Caillaux.

Paris, 16. Jan. (WB. Nicht amtlich.) Meldung der Agence Havas. Tomby, der in die Angelegenheit Caillaux verwickelt ist, wurde am Dienstag abend im Zimmer des Polizeikommissars, in das er berufen worden war, um Aufschlüsse zu geben, verhaftet und unmittelbar in das Gefängnis La Santé abgeführt.

WB. Rom, 17. Jan. (Nicht amtlich.) Agencia Stefani. „Giornale d'Italia“ schreibt: Das Geheimfach, das Caillaux seit 1914 in Florenz unter dem Namen „Madame Renaud“, dem Namen seiner Frau, besaß, wurde in der letzten Woche geöffnet. Es enthielt 1. Schmuckstücken im Werte von ungefähr einer halben Million, 2. russische, englische und portugiesische Staatspapiere im Werte von 1 1/2 Millionen und 3. drei politische Karten. Die Nachforschung wurde im Auftrage der Untersuchungskommission der französischen Justizbehörden allein durch die italienischen Behörden vorgenommen.

Unruhen in Spanien.

Madrid, 17. Jan. (WB. Nicht amtlich.) Ag. Hav. Die durch Feuerung hervorgerufene Unzufriedenheit nimmt in größten Teile der Provinz einen immer größeren Umfang an. In einigen Punkten ist sie beunruhigend geworden. Telegramme aus Santander, Malaga, Valencia und Barcelona berichten über Kundgebungen, die ausschließlich von Frauen veranstaltet wurden. In Barcelona wurden über 30 Frauen beim Einsturz einer Treppe der Präfektur, die von der Menge besetzt war, verundet. In Santander fanden Zusammenstöße zwischen Frauen und Polizei statt. In Malaga waren über 1000 Frauen mit Steinen gegen die Häuser von Bürgern. Die städtischen Büros wurden beschädigt. Die Koffelhändler und Klubs wurden von der Gendarmarie geräumt. Die Wälder drücken die Zurechtweisung, daß die Regierung die äußerste Anstrengung machen werde, um der Lage Herr zu werden.

Kohlenmangel in Italien. Der Mailänder Ausschuss für industrielle Mobilisation hat beschlossen, daß vom 15. Jan. an, in allen vom Verbrauch elektrischen Stromes abhängigen Betrieben nur noch an fünf Tagen zum Teil auch nur noch an vier Tagen gearbeitet werden darf, da der Kohlenverbrauch unbedingt eingeschränkt werden muß.

Entlassung von Munitionsarbeitern in der Schweiz. Nicht nur in der Schweiz hat, wie verschiedentlich in letzter Zeit gemeldet wurde, eine starke Einschränkung der Munitionsfabrikation und in Zusammenhang damit ausgedehnte Arbeiterentlassungen stattgefunden, auch in der Ostschweiz und im Züricher Gebiet zeigt sich die gleiche Erscheinung. So wurden in einem Werk in Zürich, das hauptsächlich Handgranaten hergestellte, in der vergangenen Woche 400 Arbeiter entlassen, in einer anderen Fabrik alle weiblichen Arbeitskräfte, die dort in großer Zahl beschäftigt waren

Badischer Landtag.

Zweite Kammer. — 11. Öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, 17. Januar 1918. Präsident Dr. Behner eröffnete um 410 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch Staatsminister v. Rodman und die Minister Dr. Hübsch und Dr. Düringer.

Die allgemeine Finanzdebatte

wird fortgesetzt. Abg. Benedey (F. B.) wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Schöpffe (M. Pgg.), die einen scharfen Bruch des Bürgerfriedens darstellen. Dem Herrn v. Rodman gegenüber habe er Ausdrücke gebraucht, die erkaunlicherweise vom Herrn Staatsminister nicht zurückgewiesen worden seien, obgleich es sich dabei um eine Beschimpfung eines Mitglieds der Reichsregierung gehandelt habe. Präsident Dr. Behner: Den Vorwurf, den Abg. Benedey hier tätigt, habe ich nicht aus den Ausführungen des Abg. Schöpffe herausgehört. (Zustimmung und Widerspruch.) Wenn der Ausdruck gefallen wäre, müßte ich ihn nachträglich rügen. Der Abg. Schöpffe hat seine Beschimpfungen aber weiter auf die gesamte Demokratie ausgedehnt, er hat ihr vorgeworfen, daß sie eine aller nationalen Empfindungen bare Gesellschaft sei. Dieser Vorwurf ist ein absolut falscher. Das gerade Gegenteil ist wahr. Die Demokratie war zu allen Zeiten durchaus national und es ist geschichtliche Tatsache, daß zu jeder Zeit, wo in Ländern nach nationaler Befreiung gerungen wurde, die Demokraten die Triebfeder waren. Derartige Vorwürfe, wie sie der Abg. Schöpffe vorgebracht, treffen mich besonders tief, weil mein Vater zu jenen Männern gehört hat. Die Konservativen haben das Reich nicht gemacht, sondern es ist gegen ihren Willen und über ihre Köpfe hinweg geschahen. Ich kann meine Verwunderung nicht unterdrücken, daß der Herr Staatsminister in seinen Reden manchen Gebanfung des Abg. Schöpffe gegangen ist, so, wenn er von der Demokratisierung sprach. Es gibt doch auch eine andere als spezifisch französische oder englische Demokratisierung. Auch was der Herr Staatsminister von dem Verhältniswahlrecht, gegen welches er sich ausgesprochen hat, sagte, hat mich verwundert. In allen Dingen ist es bisher so gewesen, daß der Landtag der scheidende und die Regierung der geschobene Teil war. Alles was wir in unserem Lande erreicht haben, das direkte Wahlrecht, die großen Reformen im Schulwesen usw., ist durch den Landtag geschehen. So wird es schließlich auch bei der Verhältniswahl sein. Es ist in diesem Hause dann viel vom Militarismus gesprochen worden. Der Begriff Militarismus wird vielfach ganz falsch aufgefaßt. Ich verstehe unter Militarismus den einseitigen Kampfesgeist, der vielfach im Heere lebt. Dieser Kampfesgeist ist auch heute noch nicht ganz verschwunden. Sehr bedauerlich wird in der Presse der Wechsel in der Presseabteilung des Generalkommandos. Man hat den bisherigen Leiter dieser Abteilung nur ungern scheiden lassen. Mit seinem Nachfolger hat man keine glückliche Hand gehabt. Ich habe hier eine Zuschrift eines Nonjanzler Blattes, das lebhaft Beschwerde führt über die Personhandhabung des neuen Mannes. Dieser hat z. B. einen Artikel verfaßt, der schon in Berlin zensuriert war und der durchaus geeignet war, beruhigend zu wirken. Sehr unerschrocken ist auch, daß die Wähler an ihre Abgeordneten im Seekreis keine Briefe schreiben können, ohne daß diese nicht

geöffnet und gelesen werden und zwar von Leuten, die gar nicht dazu geeignet sind. Dadurch, daß wir unser Militär direkt dem preussischen einverleiben, haben wir eine wichtige Macht aus der Hand gegeben. Im Volke ist man immer noch überzeugt, daß wir damals einen großen Fehler gemacht haben. Bei Beschwerden wissen wir jetzt gar nicht, wo wir uns hinwenden haben, um ihnen wirklich energischen Nachdruck zu verleihen. Ich muß aber dann weitersprechen vom Militarismus in der Schule. So habe ich erfahren, daß in einer Forzheimer Schule den Schülern die Aufgabe gestellt wurde, einen Brief an den Abg. Wittum aufzusetzen und ihn darin um Anzeigung der Disziplin zu bitten. (Zurufe: In anderen Städten ist ähnliches der Fall.) Wenn die Dinge nicht besser werden, wird es nötig sein, die Namen der Lehrer zu nennen. Die Vaterlandspartei ist nur deshalb von maßgebenden Leuten gegründet worden aus Angst vor der Götterdämmerung, aus Sorge, daß nach dem Kriege die Dinge sich eben doch wandeln werden und daß man an sie die Frage richten wird, seid ihr tatsächlich ganz unschuldig an diesem furchtbaren Verbrechen. Wir müssen einen Frieden gewinnen, der eine Verständigung zwischen den Völkern möglich macht.

Staatsminister v. Rodman: Aus dem mir vorliegenden Manuskript der Rede des Abg. Schöpffe entnehme ich, daß dieser geäußert hat: Herr v. Bayer ist Mitglied des Ausschusses der deutschen Volk. Es ist anzunehmen, daß er mit seiner Ernennung zum Vizelandtag aufgehört hat, es zu sein, denn Ausschusspräsidenten an Minister sind politische Schmiergelber. — Ich habe aus den Ausführungen den Satz für wesentlich gehalten, was gesagt ist, es sei anzunehmen, daß Herr v. Bayer mit seiner Ernennung zum Vizelandtag aufhört, Mitglied des Ausschusses der deutschen Volk zu sein. Ich glaube, hiernach liegt die Sache so, daß der Redner die Integrität des Herrn v. Bayer nicht beanstanden hat. Dagegen ist natürlich diese Ausführung eine schwere Beleidigung für die Demokratie. Die Ansicht des Abg. Benedey, ich hätte die Verhältniswahl unbedingt abgelehnt, ist nicht richtig. Ich habe nur gesagt, einwörtlich sei die Form der Verhältniswahl noch nicht gefunden, durch welche die Nachteile so ausgeglichen werden, daß die Vorteile der Verhältniswahl zur Geltung kommen können. Den anerkennenden Worten des bisherigen Zensors im Generalkommando faim ich nur zustimmen. Sein Nachfolger aber, früher Rechtsanwalt und Vizepräsident der Karlsruher Lebensversicherung, Hauptmann Schneider, ist mit den höchsten Verhältnissen durchaus vertraut. Wenn es sich um militärische Besatzungen handelt, die mir zugehen, so vertritt ich die Interessen unserer Landes mit allem Nachdruck. Ich muß aber betonen, es ist ein Zusammenarbeiten zwischen Zivil- und Militärbehörden, wie es besser nicht gedacht werden kann. Im Badenbezirk liegen infolge der Grenzlage die Verhältnisse besonders schwierig. Gärten können vorkommen.

Kultusminister Dr. Hübsch betont, er werde gegen Fälle, wie den von dem Abg. Benedey aus Forzheim erwähnten, energig einschreiten. Anzuerkennen ist aber, daß der größte Teil unserer höchsten Lehrer es gewiesen ist, die Vaterlandsliebe in die Herzen der Kinder zu pflanzen.

Abg. Wirth (Zentr.) bespricht zunächst einige Fragen der Reichspolitik und hebt dabei hervor, daß seine Partei dem Vizelandtag von Rodman mit Vertrauen entgegenkomme. Er ist ein Demokrat von edlem Schrot und Korn. Wir bringen auch den neuen Staatsminister Vertrauen entgegen. Seine Politik in den Schulen ist auch unser Grundlag. Behauern müssen wir aber, daß man in Baden die militärischen Fernmaßnahmen verhärtet hat. Wenn Wirtschaftspragen behandelt werden, muß man immer wieder daran erinnern, daß auch die badiischen Interessen geachtet werden müssen. Deutschland oder England ist die Parole und da sehen wir, daß der U-Bootkrieg mit der Entscheidung bringen wird über der Weg der Vernunft und Verständigung darf deshalb nicht unberücksichtigt bleiben. Ehe der letzte Faden in Drei-Vierts nicht gerissen ist, darf niemand an den Folgen der Resolution der Reichstagsmehrheit zweifeln. Drei-Vierts ist für sich keine allein militärische Frage. Wir verstehen deshalb die Telegrammpolitik der Nationalliberalen Badens nicht. Wir können die Völker im Osten mit einer Politik der Vernunft für uns gewinnen. Wir vertrauen auf die Reichsregierung, die seit ihr trotz der national-liberalen Telegramme. Haben Sie schon einmal von einer Partei, wie der Vaterlandspartei gehört, die sich nach Friedensschluß auflösen will. Ich glaube, sie geht mit fliegenden Fahnen dann zu den Nationalliberalen über. Die Vaterlandspartei ist keineswegs so harmlos wie sie der Herr Staatsminister darstellte. Der Tag der Abrechnung wird die Herren der Vaterlandspartei kommt. Diese Anwohler der Massen ist ein Wort am Staat ein Verbrechen an unserem Vaterland. Aber wie wird es werden? Nur geschlossen werden wir die Zeit nach dem Kriege aushalten und unsere Aufgabe durchführen können. Am 4. August 1914 ist die wahre Vaterlandspartei geboren worden. Gefeurt hat es mich, daß auch hier im Hause die Gegenfrage schweben sollen, und daß zwischen der Regierung und Volksvertretung der Bund zur Zusammenarbeit besteht. Ganz undemokratisch ist aber die Ablehnung der Abänderung des § 137 des Schulgesetzes. An eine Trennung von Staat und Kirche ist heute nicht mehr zu denken. Nur wenn wir einig und geschlossen auftreten, werden wir in der Lage sein, unsere zukünftigen Aufgaben zu erfüllen. Aus diesem Grund habe ich auch bedauert, daß die Unabhängigen Sozialdemokraten die Einheit der Arbeiterkassen gepregelt haben. Mit Vertrauen nach innen und außen werden wir aus diesem Weltkampf siegreich hervorgehen.

Abg. Strabel (Soz.):

Der von dem Korredner gemachten Charakterisierung der Vaterlandspartei ist nicht viel neues hinzuzufügen. Sie traf das Richtige. Wenn der Abg. Geß geäußert hat, die sozialdemokratische Partei in Mannheim hätte auf Hintertreppen der Polizei mitgeteilt, daß Ruhestörungen geplant werden, so ist das natürlich nicht wahr. Die Unterhaltung ist durch das Telefon geschehen. Wenn der Abg. Adolf Geß hier im Hause dem Mannheimer Reichstagsabgeordneten Geß das Vertrauen der Mannheimer Arbeiterkassen abgeprochen hat, so ist er dazu nicht befugt. Es wäre besser, er würde darüber nachdenken, ob er vielleicht in seinem eigenen Wahlkreis nach das Vertrauen seiner Wähler besitzt. (Sehr richtig bei den Soz.) Als wir davon hörten, daß auch ein Vertreter der Mannheimer Unabhängigen in der Versammlung sprechen wollte, sind auch wir für diese Redefreiheit eingetreten. Die Vorgänge in Mannheim sind sehr bedauerlich, aber sie sind zu verstehen, bei allem was vorangegangen ist. Die Zensur ist übrigens unschuldig an den Mannheimer Vorgängen. Die Aufseher der Vaterlandspartei sind, das sieht nun einmal fest, unter den Unabhängigen zu suchen. Sehr bedauerlich ist es, daß das Generalkommando durch eine Flut von Verfügungen der Presse ihre Arbeit so außerordentlich erschwert. Mit Recht hat auch der Abg. Benedey dagegen protestiert, daß eine altschulische Propaganda durch das Militär betrieben wird. Die Störungen in unserem Volk sind einzig und allein auf die Treibereien der Vaterlandspartei zu

Ar. 1
partei zu
die Bria
stichtlich
mehr. A
den. Aus
die Religi
zu heilig
eingeseg
glan wür
und billi
WB.
Vorgänge
sind be
mando be
der Herr
sanne de
teinen Be
war verfel
hast wird
Oberland
die Verfel
Baterland
Baterland
steht ein
auch das
militärisch
Abg. Ge
sich hätte
mollte er
gefallen.
Nach
Abg. Benedey
habe v. B.
Bemerkung
debatte ge
Nach
Kultusetat
ist seit län
ausgeseht
Wirtschaft
Um W
sol des
Landtags
Mit il l
meine un
kammer g
tammer u
Bei einem
1914, 191
Reingewin
erzielt. U
in der Sa
andere zu
Stabilität
der werde
ten und a
Aus
Kreuwahl
Ernennung
Präsidenten
nötig wird
neues Am
tritts ita
nicht so ra
Au
Die B
nach
Ministerium
Einnahme
Jahre 1918
ung stumm
trums, da
partei und
sie genann
Groß
rechnungsl
Program
Brieg (L
quelle, c)
Seigen von
Schubert
für Wistne
Baumann
Witt M u I
(u); 6. a)
E. Grieg
Norlod;
von Weier
L. Zagrus,
[er]; 10.
11. Sonate
Drach und
Sederle);
Kämpfe);
Das nächste
20. Januar,
Klawier
Diensttag
erk vor turz
mal in ihrer
mentlich das
erheit, zeigt
gibere Jüge
tade undelan
Schwam -
mal - mer
traft beiläufig
zahlreichen B
enden Blum

die gar nicht
direkt den
Licht aus der
vergewalt, daß
Beschwerden
haben, um
muß aber
le. So habe
Schülern die
situum aufzu-
en zu bitten.
Wenn die
men der Gef-
als von maß-
Güterdäm-
eben doch
ten wird, sei
Korben die
auf zwischen

vorliegenden
h, daß dieser
nts der deut-
Ernennung
Aufsichtsrats.
Ich habe
ulsten, wo ge-
einer Ernun-
ratsrats der
die Sache ist
sicht beanstan-
schwere Be-
Benedek, ist
nicht richtig
verhältnismä-
gefühlen wer-
ung kommen
Benfros im
Zensfolger aber
bensoverfä-
Verhältnissen
Beschwerden
schwerer
es ist ein
es liegen in-
rig. Gärten

n Räte, wie
energieig
Zeit unserer
die Herzen
Fragen der
dem Rize
Er ist ein
auch dem
stift in den
wir aber
en verdrückt
man immer
ste geachtet
fale und da
eingen wird
deshalb nicht
Blümsel nicht
solation der
keine allein
grammpositiv
Wölfer im
nnen. Wir
der national-
einer Par-
friedensschluß
sinnen dann
ist keines-
stelle. Der
ertei kommt.
at ein Ber-
eben? Nur
schalten und
1914 ist die
es nicht
n, und daß
ich zur Zu-
Ablehnung
Ernennung
Wir wenn
Land sind
demokratien
trauen nach
sb siegreich

erung der
ie traf das
empirische
olizei mit
s natürlich
gesehen.
ner Reichs-
e Arbeiter-
wäre besser,
en eigenen
Sehr richtig
Vertreter
sprechen
Die Fort-
zu ver-
übrigens
störer der
den Un-
General-
reife ihre
der Abg.
anda durch
dem Volk-
ateria:

partei zurückzuführen. Bei dem § 137 des Schulgesetzes hat man die Privatschulen unter dieselben Bestimmungen zu stellen, wie die städtischen Schulen, dann handelt es sich um kein Ausnahmengesetz mehr. Aber die Staatsbehörde muß auf jeden Fall bewahrt werden. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Angriffe gegen die Religion unterbleiben sollen; dafür muß die Religion als solche geschützt sein. Aber die Religion sollte auch nicht in die Debatte hineingezogen werden. Was das Zentrum für die katholische Religion wünscht, muß es auch für alle Andersdenkenden als Recht und billig anerkennen.

Abg. Koch (natl.). Er bepricht gleichfalls die Mannheimer Vorgänge in der Vaterlandsparteifammlung. Die 300 rube- stehenden Unabhängigen waren sehr gut instruiert. Wie auf Kom- mando begann jedesmal der Lärm. Ich habe mich gefreut, daß der Herr Minister in der Budgetkommission gestern erklärte, er könne dem Mannheimer Polizeidirektor über seine Maßnahmen keinen Vorwurf machen. Das Versprechen an die bad. Blätter war verfehlt, wie überhaupt die Zensur in Baden strenger gehan- delt wird, als z. B. in Hessen und Württemberg. Auch die im Oberland gehandhabte Briefzensur gibt zu klagen Anlaß, ebenso die Verlesung badischer Neutren in entfernte Reichsgebiete. Der Vaterlandspartei neigen auch Anhänger des Zentrums zu. Die Vaterlandspartei fügt sich auf eine Strömung im Volke. Uns steht ein Zivilhindernis. Hätten wir einen solchen, hätten wir auch das gleiche Vertrauen zur Reichsleitung, wie wir es zur militärischen Leitung haben.

Abg. Hertle (N. B.) gibt zu, daß sein Fraktionskollege Schäpfler sich hätte etwas mähen sollen. Den Vizekanzler von Bayer wollte er nicht beleidigen. Der Affengeist ist in diesem Kriege gefallen. Der Großvater von jeder ein unwillkürliches Gebilde. Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Gred (N. B.) betont Abg. Benedek (Z. B.), daß er an seiner Ansicht, der Abg. Schäpfler habe u. Bayer beleidigt, festhalten müsse. Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. Hertle (Zentr.) wird die allgemeine Finanz- debatte geschlossen.

Nächste Sitzung: Freitag vormittag 9 Uhr, Tagesordnung: Kultusetat.

Die Landwirtschaftskammer

ist seit längerer Zeit in der Öffentlichkeit scharfen Angriffen ausgesetzt gewesen. Auch in der Zweiten Kammer hat diese Mißstimmung in verschiedenen Anträgen Ausdruck gefunden. Am Mittwoch nachmittag fand nun im großen Sitzungssaal des Ministeriums des Innern eine Verammlung der Landtagsabgeordneten statt, in welcher Herr Direktor Dr. Müller einen sehr interessanten Vortrag über die allge- meine und kriegswirtschaftliche Tätigkeit der Landwirtschaftskammer hielt. Darnach sind die Gewinne der Landwirtschaftskammer nicht entfernt so hoch, als bisher angenommen wurde. Bei einem Umsatz von rund 250 Millionen in den Jahren 1914, 1915 und 1916 hat die Landwirtschaftskammer einen Reingewinn von nur 652 000 Mk., also von etwa 1/4 Prozent erzielt. Das ist ein sehr mäßiger Gewinn und derselbe soll in der Hauptache zur Förderung der Landwirtschaft, insbe- sondere zur Anlage von Vertriebs- und Lagerhäusern und zur Kultivierung bisher wenig ertragsreicher Grundstücken verwen- det werden. Der Vortrag hat auf die Anwesenden einen star- ken und günstigen Eindruck gemacht.

Zur Präsidentschaftswahl

Aus parlamentarischen Kreisen hört die „D. N.“, daß die Neuwahl des Präsidenten der Zweiten Kammer, die durch die Ernennung des Abg. Dr. Jehner zum Oberlandesgerichts- präsidenten und durch sein Ausscheiden aus der 2. Kammer nötig wird, erst dann erfolgen wird, wenn Dr. Jehner sein neues Amt antreten wird. Der Zeitpunkt seines Amtsan- tritts steht aber noch nicht fest, so daß die Präsidentschaftswahl nicht so rasch erfolgen dürfte.

Aus den Kommissionen der Zweiten Kammer.

Die Budgetkommission der Zweiten Kammer traf Mitt- woch nachmittag in die Beratungen des Voranschlags des Ministeriums des Innern ein. Zuerst erfolgte noch die Ab- stimmung über die Anforderung von 600 000 Mk. für die Jahre 1918/19 zur Erhöhung der Zivilliste. Für die Erhö- hung stimmten die Nationalliberalen und ein Teil des Zen- trums, dagegen die Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie. Die Position wurde gegen die genannten Stimmen angenommen. Weiterhin kam die

Theater und Musik.

Großes Konversationsium für Musik. Das Vorpiel der Vorbe- reitungsklassen am Mittwoch, den 18. Januar, hatte folgendes Programm: 1. a) Walzer, b) Wäckerlied, c) Eiferantag von E. Weig (Erika Köhler); 2. a) Im Abendrot, b) An der Wald- quelle, c) Schmetterlingspiel v. R. Zücher (Carle Draß); 3. a) Weigen von R. Schumann, b) Kindermarsch (4 Händig) von Fr. Schubert (Elsa und Lore Morzinweg); 4. Trio für Klavier, für Violine und Violoncello von G. Raffert (Klavier: Gertrud Baumann, Violine: Arnold Heffelbacher, Violoncello: W. Müller); 5. Der Wäckerlied von J. S. Düssel (Gilde Pau- us); 6. a) Walzer, b) Wäckerlied, c) Vaterländisches Lied von E. Grieg (Wilma Nagel); 7. Mondo A-Dur von Rubln (Ernst Koroled); 8. a) Abumblatt von E. Grieg, b) Murmelnder Bach von Weher-Oberleben (Hildegard Dohmen); 9. a) Arieletta v. B. Lazarus, b) Kleiner Walzer von C. Guritt (Friedrich Ba- uer); 10. Drei Etuden von St. Heller (Elisabeth Schmitt); 11. Sonate F-Dur 1. Satz für 2 Klavier von W. A. Mozart (Rene Draß und Frieda Koch); 12. Sonatenatz von N. Gahn (Kurt Sederle); 13. 4 Preludien op. 119 von St. Heller (Wenno Kämpfe); 14. Serenade von M. Jensen (Walter Ludwig). Das nächste Vorpiel (Ausbildungsklassen) findet Mittwoch, den 20. Januar, abends halb 7 Uhr, statt.

Klavierabend Alice Krieger. Nach längerer Pause hat sich am Dienstagabend die einheimische Pianistin Alice Krieger, die erst vor kurzem in Berlin schöne Erfolge errungen hat, wieder ein- mal in ihrer Vaterstadt hören lassen. Ihre Vortragart, die na- mentlich das Farc und Annuitage zu besterender Anschaulichkeit erhebt, zeigt gegen früher mehr unmittelbare Wärme und ener- gischere Züge selbständiger Auffassung. Die Wiedergabe nicht ge- tade undelannter Werke von Weber, Schumann, Beethoven und Brahms — glücklicherweise fehlte der unvermeidliche Chopin ein- mal — war darum genuehreich, weil sich eine frische Gestaltung- kraft betätigte, die die Beherrschung abgeleitet hat. Der Dank der zahlreichen Zuhörerchaft äußerte sich in lebhaftem Beifall und zel- enden Blumenabgaben.

Bergleich auch die auf das letzte Friedensjahr bezüglichen Ausgaben:

	1913	1916
	über 1913/14	über 1916/17
	in Mill. M.	in Mill. M.
Abschreibungen und Rückstellungen,		
vor Reingewinn	181,87	349,00
Reingewinn (ohne Vortrag)	203,58	353,47
Zuwendende, Bonus usw.	193,56	220,25
Rückstellungen aus Gewinn	55,11	101,86

Die Leute, die diese Kriegsgewinne einstecken, das sind die wahren Macher der Vaterlandspartei. Sie sind es, die sich ungeheuerlich bereichern und dabei aber in einem fort beteuern, sie seien „zu jedem Opfer bereit“, es dürfe kein „vorzeitiger Friede“ geschlossen werden. Die Befürworter eines Verständigungsfriedens, die auf die katastrophalen Folgen einer noch längerer Kriegführung, auf die ungehe- ren materiellen Entbehrungen und seelischen Leiden der Volksmassen weitestmöglich Bedacht nehmen, werden von den Organen der Hauptkriegsgewinnler nicht nur der „Flam- macherei“, der „weiblichen Kerbenschwäche“, sondern auch ziemlich unverblümt des heimlichen Einverständnisses mit Deutschlands Feinden bezichtigt!

Wenn diese Herrschaften wirklich bereit sind, jedes Opfer für das Vaterland zu bringen, dann sollten sie zunächst mal auf ihre gewaltigen Kriegsgewinne verzichten! Aber sie denken gar nicht daran, sie wollen vielmehr immer noch höhere Gewinne auf Kosten des Vaterlandes. Eine Verlängerung des Krieges liegt also in ihrem eigenen Interesse. Und die deutschen Professoren sind diesen Leuten gerade gut genug mit schönen Worten und echt teutschen Redensarten dem Volke diese Kriegsziele mundgerecht zu machen!

* Kattst, 17. Jan. Die Ehefrau des Bahnwärters K. über in Pfzheim wollte unmittelbar vor der Durchfahrt des Zuges Hoch- wog-Kattst die Gleise überschreiten. Sie bemerkte dabei den von der Gegenseite kommenden Zug nicht, wurde überfahren und war auf der Stelle tot.

* Oberkirch, 17. Jan. Die Gahinwitseheleute zum „Läsen“ hier haben dem Bürgermeister der Stadt 10 000 Mk. und Frau Karl Wals Witwe hier hat 3000 Mk. zu Kriegsfürsorgezwecken über- geben.

* Mannheim, 17. Jan. Wegen übermäßiger Preissteigerung wurde der Kaufmann Friedrich Seelig aus Weinheim, welcher Tabak unter Umgehung des Höchstpreises verkauft hatte, von der Strafammer zu 8000 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Sturmschäden und Hochwasser in Baden. Aus den ver- schiedenen Teilen des Landes liegen Nachrichten vor, wonach der besonders am Mittwoch herrschende Sturm und der plög- liche Witterungswechsel Schäden und Hochwassergefahr her- beigeführt haben. Nach einer Meldung aus Mannheim sind der Rhein wie der Neckar im raschen Steigen begriffen. Der Rhein steigt innerhalb eines Tages um einviertel, der Neckar um fast einhalb Meter. Aus verschiedenen Orten des Baulands werden Ueberflutungen berichtet. In der Nähe von Adelsheim in Baden trat die Rinne und Sedach aus ihren Ufern. Bei Dalken, Neckarburken und Mos- bach hat die Elz ganze Weiten überflutet. Infolge der Ueberflutungen trat im Betrieb der Ueberlandzentrale Zugstörungen ein. Glücklicherweise ist das Hochwa- ser wieder zurückgegangen.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 18. Januar.

Nr. 101 Fliegeralarm ist folgendes zu beachten: Beding- tungen — alle Lichter, die einen Schein nach außen werfen, ausschalten — Haustüren öffnen — Straße nicht wieder betre- ten bevor die Schlusssirene ertönt oder der Straßenbahnbetrieb wieder aufgenommen ist. — Besonders der letzte Punkt wird leider trotz aller Mahnungen viel zu wenig beachtet. So elken beim letzten Fliegerangriff Hunderte von Neugierigen an die Einsatzstellen der Bomben lange bevor das Schlusssignal der Sirene ertönte, die Gefahr eines weiteren Angriffs also noch nicht vorbei war. Ein solch leichtfertiges Benehmen kann nicht scharf genug getadelt werden.

* Spenden. Die Großherzogin Luise hat dem Fabrikarbei- terinnenheim den Betrag von 3000 Mk. zugewiesen. Ferner hat die Großherzogin Luise den Betrag von 1000 Mk., welcher ihr zur Verfügung gestellt wurde, dem Bad. Landesauschuss von Deutschlands Spende für Säuglings- und Kleinkinderhaus überwiesen.

Die Leibgrenadiere bei Cambrai. Welchen Anteil an dem Schicksal des Leibgrenadierregiments die heilige Bevölkerung nimmt, das zeigte der Besuch des Vortrags, den der Komman- deur des 3. Bataillons des Regiments, Herr Hauptmann Kuen- ger, am Mittwoch Abend im großen Saale der Eintracht hielt. Bis auf das letzte Plätschen waren Saal und Gallerie besetzt. Herr Hauptmann Kuenzer gab in etwa zweistündigen Ausführungen eine eingehende Darstellung, an der Hand von Karten, der Rämpfe des Regiments bei Cambrai in den letzten Tagen des November. Wer schon draußen war, der weiß, wie schwer es ist, denen in der Heimat eine solche Schilderung der Geschehnisse zu geben, damit sie sich einigermassen eine Vorstellung von dem Leben und Treiben da draußen machen können. Herr Kuenzer verstand es jedoch in ganz ausgezeichnete Weise, seinen Zuhörern ein Bild von den schweren und so erfolgreichen Kämpfen des Regiments an jenen Tagen zu geben. Er konnte zwar nur über das berichten, was sein 3. Bataillon geleistet, aber es war ja damals das erste Mal wieder seit dem Bewegungskriege, daß das Regiment geschlossen, ein- heitlich eingesetzt wurde und zum Sturm vorging, man weiß also, daß auch die beiden andern Bataillone in gleicher Weise sich auszeich- neten. Es würde zu weit führen, auf alle Einzelheiten des Vor- trags einzugehen; anschaulich schilderte der Redner die Strapazen jener Tage, dann die Stimmung der Leute vor und bei dem An- griff, dabei in anerkennenden Worten die ausgezeichneten Taten einzelner Leute hervorzuheben; warme Worte des Gedenkens und der Anerkennung hatte er für alle jene, die bei jenen Angriffen ihr Leben lassen mußten. Zum Schluß führte der Redner noch eine Anzahl Lichtbilder vor, Aufnahmen vom Schlachtfeld zum Teil während des Kampfes aufgenommen — ein Mann hat, gebeten statt Sandgranaten seinen Photographenapparat mitnehmen zu dürfen! — besonders interessant waren die verschiedenen Auf- nahmen der Tanks, die auch unserem Regiment so schwer zu schaffen machten. Mit lebhaftem Beifall dankte die Zuhörerchaft dem Redner für seine bis zum Schluß festhaltenen Ausführungen.

Baden.

Vaterlandspartei und Kriegsgewinnler.

In der Rede unseres Genossen Kolb im Landtage hat der Abg. Rebmann besonders jenen Satz schmerzlich empfunden, in dem Gen. Kolb ausdrücklich, daß sich hinter der Vaterlandspartei lediglich die Interessen des Großkapitals und der Schwerindustrie verbergen würden. Herr Rebmann hat sogar in einer höchst eigenen persönlichen Bemerkung sich gegen diesen Vorwurf bemehrt. Wir wollen nun Herrn Rebmann keineswegs den guten Glauben abprechen, wir sind im Gegen- teile überzeugt, daß Herr Rebmann, ebenso wie alle an- deren deutschen Mittelstufenschaffenden, die dem neuen Parteige- bilde das Pathos ihrer teutschen Mütterreden leihen, des festen Glaubens sind, die Vaterlandspartei wär wirklich das, was sie zu sein vorgibt. Es wäre sogar ganz unverständlich und merkwürdig, wenn dieser neue Schwundel ins Leben ge- treten wäre, und es wäre nicht ein großer Teil unserer deut- schen Professorenschaft auf ihn hereingefallen. Aber damit, daß unsere bewährten Idealisten wieder mal auf den Reim gingen, ist noch nicht gesagt, daß ihre Partei auch nicht das wirklich ist, als das sie der Genosse Kolb hingestellt hat. Zum Beweise der Behauptung des Genossen Kolb im Landtag wollen wir hier nur eine Zusammenstellung aus der „Zeit- zeitung“ bringen, die mehr besagt, als alle schönen Reden und Enttäuschungen der deutschen Professoren. Die „Frankf. Zeitung“ veröffentlicht die Kriegsgewinne von 37 schwerindus- triellen Aktiengesellschaften, und hat dabei gerade solche Ge- sellschaften ausgesucht, in deren Leitungen als Verwaltung- oder Aufsichtsräte oder als Direktoren überwiegend solche Persönlichkeiten sitzen, deren Namen auch als Haupt- macher in der Vaterlandspartei unter deren Aufrufen zu finden sind. Stellt man die Namen der Hauptaktionäre und Leiter dieser 37 Bergwerks- und Hüttenunternehmungen, Eisen- und Stahlwerke zusammen, so hat man auch die Hauptaktionäre für große Gebietsver- größerungen im Osten und Westen, die dringlichsten Befür- worter der dauernden Okkupation Belgiens, der französischen Ergabiete, des nordfranzösischen Kohlenstriches gegenüber England, und was dergleichen Eroberungsziele mehr sind. Wir geben nachstehend die Endziffern der Kriegsgewinn- Zusammenstellung in der „Frankfurter Zeitung“ wieder, zum

Sturmchaden. Durch den Sturm am Mittwoch nachmittag wurden außer den schon gemeldeten Schäden zwei an den Stuppen der Peter- und Paulskirche in Mühlburg angebrachte Steinkreuze abgerissen. Das eine fiel in den Pfarrgarten, während das andere den Dachstuhl der Kirche durchschlug. Der entstandene Schaden beträgt 3-400 Mk. In einer Fabrik in Grünwinkel wurde außerdem der Turm einer Kühltanlage teilweise umgerissen, wodurch ein Schaden von etwa 10 000 Mk. entstand.

Vor fünfzig Jahren, 1868, erfolgte in Karlsruhe die Gründung des 1. hiesigen Realgymnasiums, die Gründung der (lateinlosen) Höheren Bürger- und die Errichtung der Turnlehrerbildungsanstalt, deren langjährigem Leiter H. Kaul im Jahre 1911 ein Denkmal gesetzt worden ist.

Heimatkant-Konzert 19. Januar. Die Vortragsfolge dieses zum Besten des hiesigen Heimatbundes gegebenen Konzerts weist Nummern älterer und neuerer Meister auf. Sie wird eröffnet mit Mozarts thematisch gehaltenen Sonate Es-Dur für Violine und Klavier, gespielt von Gertha Jay-Selbened und Hedwig Marg-Kirch. Hieran schließen sich vier Lieder von Beethoven, die von Beatriz Lauer-Kottlar zu Gehör gebracht werden. In der zweiten Hälfte des Programms bietet die Künstlerin Gesänge von Hugo Wolf dar. Hedwig Marg-Kirch trägt am Fingerring Nummern von Liszt, Brahms, Schubert und Chopin vor. Sie begleitet auch die Gesänge. Gertha Jay-Selbened spielt des weiteren Solo-Stücke von Handel, Beethoven, Goffec, Hummel und beschließt den Abend mit drei Stücken neueren Ursprungs. Des starken Andrangs wegen ist es ratsam, sich baldmöglichst Karten zu sichern, die zur Zeit in allen Kreislagern noch zu haben sind im Vorverkauf der Hofmusikalienhandlung Fr. Doert.

Unfall. Ein Monteur aus Ettlingen sprang gestern mittag 12.10 Uhr bei der Kreuzung Ettlinger- und Lauterbergstraße von einem in voller Fahrt befindlichen, nach dem Bahnhof fahrenden Straßenbahnwagen, kam zu Fall und brachte beide Hüfte unter die Räder des Anhängewagens. Nach Anlegung eines Rotterbandes wurde er mittels Sanitätsautos ins Städtische Krankenhaus verbracht.

Zestgenommen wurde eine Händlerin aus Kolbuszowa, welche sich eine große Menge bezugscheinpflichtiger Web-, Woll- und Strickwaren durch Schwarzhandel beschaffte, um sie zur Erzielung eines hohen Gewinnes zurückzuführen.

Letzte Nachrichten.

Gegen die Kriegsbeschädigten.

Berlin, 17. Jan. Die „Nordd. Allgem. Zeitung“ veröffentlicht eine Verfügung des Oberbefehlshabers in den Marken, in der den Vorstehenden des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer, Erich Kuttner, jede weitere Tätigkeit für diesen Bund auf Grund des Belagerungsgesetzes verboten wird. Kuttner hatte in einer Versammlung an die Kriegsbeschädigten die Aufforderung gerichtet, die Bänder ihrer Kriegsortden abzulegen. Diese Aufforderung, der zahlreiche Inhaber des Eisern

den Strenges Folge geleitet haben, ist geachtet, die im Heer und Volk hochgeachtete Kriegsauszeichnung verdächtig zu machen. Sein Verhalten beweise, daß Kuttner die sachliche Leitung des Bundes nicht gewährleistet.

Der Mörder Jaurès.

Berlin, 18. Jan. Das Urteil gegen den Mörder Jaurès wurde von neuem auf die nächste Schwurgerichtssitzung verschoben. In die Form zu wählen, wird Wilheim, der „Bosnischen Zeitung“ zufolge, von einer Ärztekommision wieder einmal auf seinen Geisteszustand untersucht werden.

Schweizer Mobilisationsanleihe.

Bern, 17. Jan. (Schweiz. Dep.-Ag.) Auf die achte Schweizer Mobilisationsanleihe von 150 Millionen wurden von 31 601 Zeichnern 151 466 900 Francs gezeichnet, was die Höchstziffer sämtlicher bisherigen Anleihen bedeutet. Die Operation darf als außerordentlich glänzendes Ergebnis betrachtet werden.

In die Luft geflogen.

Genf, 17. Jan. Nach einer Sabotagemeldung ist in Villa die Kaserne „Reina Vittoria“, wo eine Waffen- und Munitionslagerung untergebracht war, infolge eines Brandes in die Luft geflogen.

Zum Eisenbahnunglück bei Saarbrücken.

W.B. Kira a. d. Nahe, 16. Jan. (Rheinl. Anst.) Heute Vormittag 7.12 Uhr entgleite auf der Nahe-Bahn bei Kira der Krauberzug Nr. 843 infolge Baumrutschens. Die Maschine, der Packwagen und drei Personenwagen stürzten in die Nahe. Etwa 25 Personen wurden getötet und ebenfalls verlegt. Der Zugverkehr auf der Nahe-Bahn ist unterbrochen.

Brest-Litowsk.

Brest-Litowsk, 18. Jan. Bei der gestern zwischen der deutschen und der ungarischen Delegation einerseits und der ukrainischen Delegation andererseits abgehaltenen Besprechung wurde einleitend das bisherige Ergebnis der über die politischen Fragen vertraulich gepflogenen Unterredungen referiert.

Graf Czernin hob hierbei den für die Brest-Verhandlungen überhaupt geltenden und auch von der ukrainischen Delegation anerkannten allgemeinen Grundsatz hervor, daß die Vermittlung eines Teils in die inneren staatlichen Angelegenheiten des anderen ausgeschlossen sei. Andererseits bestimme einverständnis darüber, daß beim Zustandekommen eines die Entwicklung eines dauernden, freundschaftlichen Verhältnisses sicherstellenden Friedens die beiden Teile bereit seien, sich unter Voraussetzung voller Gegenseitigkeit über verschiedene, sie interessierende politische und kulturelle Fragen auszusprechen. Hierbei wies Graf Czernin beispielsweise auf die Bepfehlung der Sicherstellung des Schicksals jener politischen Minoritäten hin, welche dem künftigen ukrainischen Staat etwa angehören würden.

Diese Erklärungen wurden von der ukrainischen Delegation und mit dem Bemerkten zur Kenntnis genommen, daß sie ein Grund derselben in die Weiterverhandlung eintreten werde.

Bei der weiteren Besprechung über die Regelung des beiderseitigen wirtschaftlichen Verkehrs wurden keine solchen divergierenden in den grundlegenden Auffassungen festgestellt, daß sie das Zustandekommen einer Vereinbarung zu hindern vermögen. Die Beratung wurde soweit gefördert, daß sie sich bereits auf konkrete Fragen des Warenverkehrs bezieht. Der Gang dieser Verhandlungen und deren bisheriges Ergebnis lassen die Erwartung eines befriedigenden Abchlusses berechtigt erscheinen. Die Weiterberatung ist einer Spezialkommission übertragen worden, die ihre Arbeiten sofort aufnehmen und mit tünlichster Beschleunigung durchführen wird.

W.B. Stockholm, 17. Jan. (Nicht amtlich.) Nach einem Telegramm der Dep. Tel.-Ag. erfolgte die Verhaftung des rumänischen Gesandten Diamandi in der Nacht vom 14./15. Januar wegen angeblicher Unterdrückungsmaßnahmen der rumänischen Regierung gegenüber russischen Soldaten. Das ganze diplomatische Korps begab sich auf Anregung des französischen und des englischen Botschafters zu Lenin. Die Kommissare bewilligten die Freilassung auf Vorschlag des amerikanischen Botschafters hin, doch er im Namen der amerikanischen Regierung eine Erklärung gegen die Gewaltmaßnahmen Rumäniens gegenüber russischen Soldaten jenden werde. Um 3 Uhr früh wurde der Befehl erteilt, Diamandi freizulassen.

Stockholm, 16. Jan. (W.B. Nicht amtlich.) Laut „Nytidning“ soll es den Bolschewiki gelungen sein, Kerenski in der Wohnung eines sozialrevolutionären Stadtrates aufzufinden. Seine Verhaftung soll bevorstehen.

Briefkasten der Expedition.

An unsere Abonnenten im Ausland! Es wird auch von dort wiederholt geflagt, daß die Zeitungen häufig verspätet, manchmal beträchtlich verspätet, in die Hände der Abonnenten gelangen. Es sei dazu bemerkt, daß an diesem unerquicklichen Zustand die derzeitigen Verhältnisse schuld sind. Wir tun, was in unseren Kräften liegt, um Verzögerungen zu vermeiden. Wir bitten also um Nachsicht und Geduld.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Kadel; für den Anfertenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe (Sängerbund Vorwärts). Heute Abend, 6-7 Uhr, im Vereinslokal. Kartenausgabe zur Hoftheater-Volksvorstellung. Samstag Abend halb 9 Uhr Singstunde. 2303
Karlsruhe-Mühlburg (Gesangverein Bruderbund). Sonntag, den 20. d. M., nachmittags halb 3 Uhr, Versammlung in der „Friedrichs-Palaz“. Ede Grenz- und Sofienstraße, pünktliches und vollständiges Erscheinen erwünscht.

Bei den 2138

städt. Handwagen-Vermietungsstellen

Gastwerk I, Kaiserallee 11, Fernsprecher 5350, und Adlerstraße 35, Fernsprecher Rathhaus.

Neuen Handwagen mit Bedienung durch Schüler für die Beförderung von Kohlen, Holz, Kartoffeln, Obst und dergl. zur Verfügung.

Die Miete einschließlich Bedienung beträgt für eine Stunde 75 P. Sie ist im Voraus zu bezahlen.

Bestellungen sind im Interesse einer geregelten Zuweisung der Wagen an die Besteller am Tage vorher oder spätestens am Benützungstage bis vorn. 9 Uhr anzubringen.

Das Bürgermeisteramt.

Bekanntmachung.

Die Verzeichnisse der Betriebsunternehmer für die Beitragsleistung zur land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherung für die Gemarkung Karlsruhe und die abgeordnete Gemarkung Hardtwald für das Jahr 1917 liegen vom 17. d. M. an während zweier Wochen zur Einsicht der Beteiligten offen und zwar die Verzeichnisse für Karlsruhe-Stadt und die abgeordnete Gemarkung Hardtwald beim städt. Kontrollbüro, Karl-Friedrichstraße 8, 4. Stock, Zimmer 179, Eingang von der Bähringerstraße und jene für die Vororte Beerlheim, Daxlanden, Grünwinkel, Rihtheim und Ruppurr bei den Gemeindefretariaten dieser Vororte.

Einsprüche gegen den Inhalt der Verzeichnisse können während obiger Frist und eines weiteren Monats schriftlich oder mündlich bei uns bezw. den Gemeindefretariaten erhoben werden.

Karlsruhe, den 15. Januar 1918. 2301

Das Bürgermeisteramt.

fett-Verteilung.

Von Freitag, den 18. bis Montag, den 21. Januar 1918 einschließlich wird in den Verkaufsstellen Nr. 126-326a einschließlich an die eingetragenen Kunden Fett (Butter, Kunstfett und Margarine) abgegeben. Kopfmenge 100 Gramm gegen die Fettmarken A und B Nr. 77.

Krankenzulass- und F-Marken werden in den befannten Stellen eingelöst.

Die Waren müssen innerhalb der Verteilungszeit abgeholt werden; nach Ablauf derselben sind die Marken verfallen und können nicht mehr eingelöst werden. 2299

Karlsruhe, den 16. Januar 1918.

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Das Schwimmbad

im städt. Bierordtsbad ist ab Freitag, den 18. d. M. wieder geöffnet.

Städt. Badverwaltung.

2290

Sängervereinigung

Karlsruhe.

Wir eruchen die Herren Sänger zu einer

Chor-Prob

für die Kaiserfeier der Bürgerschaft

Samstag, den 19. Januar, abends 8 1/4 Uhr

im Saale Ziegler, Baumeisterstraße 18, erscheinen und die 9. Lieferung der Bundes-Viederammung mitbringen zu wollen. 2300

Der Vorstand.

J. A. Rechtsanwaltschaft Otto Feindheimer.

Abendheim für Arbeiterinnen.

Eröffnung

des Heims im Gildhaus, Schesselfstraße 37

Montag, den 21. Januar, abends 6 Uhr.

Zahlreicher Besuch herzlich willkommen. 2297

Die Fürsorgevermittlungsstelle.

Wir suchen zum 1. Februar d. J. für Karlsruher Stadtbezirk zuverlässige

Zeitungsträgerin.

Verlag des Volksfreund, Luisenstraße 24.

Wir suchen für unsere Nahrungsmittelfabrik fleißige, saubere, junge

Mädchen.

Arbeitsbuch und Quittungskarte mitbringen.

Gesellschaft Sinner

Grünwinkel.

Lüchtige

Küfer und Kübler

finden dauernde Beschäftigung bei sofortigem Eintritt. 2282

Bad. Lebensmittelabrik Louis Stern & Cie.

Banwaldallee 1.

Kriegs-Ortsauschuß der Karlsruher Basensportvereine.

Sonntag, den 20. Januar 1918, A-Klasse.

Phönix-Alemannia Karlsruhe—Beierthelmer Fußballverein. (Entscheidungs spiel um die Gaumeisterschaft Klasse A.) K. F.-V.-Platz, nachmittags 1/3 Uhr.

B-Klasse.

Fußballverein Rastatt—F.-C. Südster Karlsruhe. Spielplatz P.-C. Mühlburg, nachmittags 1/3 Uhr.

Alemannia Eggenstein—Konkordia Karlsruhe. V. I. B.-Platz, nachmittags 1/3 Uhr. 2302

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheschließungen. Richard Müller von Ludwigsburg, Kaufmann in Ludwigsburg, mit Lotte Thomas von Hamburg, Friedr. Häfeler von Wöllingen, Unteroffizier hier, mit Sophie Wagner von Wöllingen. Emil Blaier von Dagsburg, Säger in Schirmdorf, mit Luise Beck von Dreisbach. Paul Scharfenburg von Södingen, Sergeant hier, mit Justina Althammer von Rindorf. Camill Moser von Mülhausen, Eisenendreher hier, mit Anna Hebelmeister von Wadnang. Joseph Engelmann von Waldshut, Betriebs-Assistent in Waldshut, mit Marie Soulier von hier. Ludwig Biagola von Heibelsberg, Finanzamtmann in Mannheim, mit Paula Stemmermann von Mastatt.

Geburten. Liefelotte, Vater Ernst Gabbe, Marine-Neuerwerker. Hilde Ida Renate, Vater Ernst Valentin Kaufmann, Lokomotivführer Gertrud, Vater Gustav Ed. Bautechniker Renate, Vater Richard Bek, Bankdirektor Justine Maria, Vater Georg Müllin, Fabrikarbeiter. Berthold Wilhelm Julius, Vater Karl Kolb, Sanitätsfeldwebel. Hellmut Ernst Gustav, Vater Severin Probst, Aufwärter. Adolf, Vater Jakob Landmann, Kaufmann. Friedrich Julius, Vater Julius Eberle, Gärtner Karl, Vater Friedrich Tubach, Kaufmann Karl Willi, Vater Markus Wiedemer, Kupferer.

Für meine Behanstalt suche ich Flügel und Pianinos zu kaufen und erbitte Angebote. Ludwig Schweisgut, Hoflieferant Karlsruhe, Erbprinzenstraße 4.

Reinigung der privaten Hausentwässerungs-Anlagen.

Wir übernehmen auf schriftlichen Antrag der Grundstückerigentümer in jederzeit widerprüflicher Weise die Reinhaltung aller zur Entwässerung von Grundstücken gehörenden Fett-, Schlammfänger und Sinkkästen. Die näheren Bestimmungen liegen auf unserer Kartei, Rathaus Zimmer Nr. 99, während der üblichen Geschäftsstunden zur Einsichtnahme auf; daselbst werden auch die zur Antragstellung zu demüßenden Vordrucke unentgeltlich abgegeben. 2299

Karlsruhe, den 14. Jan. 1918.

Stadt, Tiefbauamt.

Abgängige Tiere

aller Art kauft Städtisches Gartenamt Karlsruhe. 2136

Mittag- und Abendessen

gut und reichlich, mäßige Preise. 2236 Kaiserstr. 22, 4. St.

Drucksachen

bestellbar bei Buchdruckerei Volksfreund.